

Wuppertals Weg in die Überschuldung und denkbare Auswege: 40 Jahre IHK- Stellungnahmen zur Finanzwirtschaft

Wuppertals Weg in die Überschuldung

Die Stadt Wuppertal verkündete Mitte 2009 neue Hiobsbotschaften zu ihrer aktuellen Finanzlage. Es sei damit zu rechnen, dass das strukturelle Defizit des Jahres 2009 auf 217 Millionen Euro und die Gesamtverschuldung auf ca. 1,8 Mrd. Euro anwachsen werde. Die Stadt sieht sich hierfür nicht in der Verantwortung. Die Hauptschuld an den desolaten Finanzen der Stadt trage das Land NRW und der Bund. Eine nachhaltige Gemeindefinanzreform zur Verstärkung der kommunalen Einnahmen sei überfällig, und der Solidaripakt Ost belaste Wuppertal unverhältnismäßig stark. Hinzu komme, dass die aktuelle Finanzmarktkrise allein in 2009 Gewerbesteuerausfälle in Höhe von 56 Mio. Euro verursache. Inzwischen hat sich ein Bündnis mit dem Namen „Wuppertal wehrt sich“ etabliert, das vom Land NRW Hilfe für Wuppertal fordert. Das primär von den freien Trägern der Wohlfahrtspflege initiierte Bündnis wünscht sich auch eine Beteiligung von Politik und Wirtschaft.

Ist es realistisch, dass das Land oder der Bund der Stadt helfen können? Hierzu muss man wissen, dass die ausgewiesene Verschuldung des Landes NRW derzeit bei 117 Mrd. Euro und die des Bundes bei annähernd einer Billion Euro liegt. Somit entfallen derzeit auf jeden Wuppertaler Einwohner, d.h. vom Baby bis zum Greis, zusätzlich zu seinen Kommunal-schulden von gut 5.000 Euro ca. 7.000 Euro Landesschulden und ca. 12.000 Euro Bundes-schulden. Dabei ist unklar, in welcher Höhe beim Land und Bund noch weitere aus den Haushalten ausgelagerte Schulden in konsolidierter Betrachtung zu berücksichtigen wären. Die aktuelle Neuverschuldung von Land und Bund steigt durch die diversen Maßnahmen gegen die Finanzmarktkrise stark weiter an. So plant der Bund bis 2013 neue Schulden von 310 Mrd. Euro, so dass seine Gesamtverschuldung auf rund 1,3 Billionen Euro oder ca. 15.000 Euro je Einwohner wächst. Diese Ausführungen verdeutlichen, dass die Verschul-dung von Land und Bund relativ sogar noch erheblich größer ist als die Verschuldung der Stadt Wuppertal. Wuppertal profitiert hiervon. Denn allein aus dem kreditfinanzierten Kon-junkturpaket, bei dem das Land sogar den kommunalen Eigenanteil vorfinanziert, erhält die Stadt 42,5 Mio. Euro. Wuppertal erwartet vom Land Zuschüsse für diverse Investitionsvorha-ben, beispielsweise für das Döppersberg- Projekt. Es erscheint nicht gerade realistisch, dass Land und Bund Wuppertals Haushaltsprobleme mit erheblichen zusätzlichen Mitteln lösen werden. Diese Mittel müssten durch Kredite oder Steuern finanziert und/ oder von finanz-starken Kommunen solidarisch getragen werden. Neue oder höhere Steuern würden auch die Wuppertaler Steuerzahler belasten. Bund und Länder haben kürzlich eine Schulden-

bremse gesetzlich verankert, um ihre eigenen Haushalte in den Griff zu bekommen und künftige Generationen nicht noch stärker zu belasten. Danach müssen Bund und Länder ihre Haushalte grundsätzlich ausgleichen und auf neue Schulden verzichten, der Bund ab 2016, die Länder ab 2020.

Der Solidarbeitrag Ost wird oftmals als Argument dafür benutzt, dass es der Stadt Wuppertal schlecht geht. Wuppertal zahle für die Infrastruktur von Dresden, so heißt es. Nur erscheint das als nicht vollständig sachgerechte Argumentation. Der Solidarbeitrag Ost wird nämlich über den Länderfinanzausgleich abgewickelt. Wenn dessen Kriterien fair sind und die tatsächlichen Wirtschaftskraftunterschiede der Bundesländer widerspiegeln, dann ist es nicht zu monieren, dass Nordrhein-Westfalen an ostdeutsche Länder einen Solidarausgleich zahlt. Wuppertal zahlt zwar in Abhängigkeit von den Gewerbesteuererträgen beachtliche Beträge direkt in den Solidarfonds Ost beim Land ein und ist auch indirekt am Landesanteil beteiligt, da dieser zu Lasten des NRW-Steuerverbundes geht. Und es ist vollkommen klar: Ohne diese Lasten könnten sich die NRW-Kommunen über eine bessere Finanzausstattung freuen. Aber die Gerechtigkeitsfragen innerhalb Nordrhein-Westfalens werden grundsätzlich durch den vertikalen kommunalen Finanzausgleich im Rahmen der Gemeindefinanzierungsgesetze geregelt. In diesem Ausgleichssystem erhält Wuppertal im Jahr 2009 Schlüsselzuweisungen vom Land in einer Größenordnung von immerhin ca. 180 Mio. Euro, während beispielsweise Düsseldorf völlig leer ausgeht. Auch die ostdeutschen Bundesländer dürften ein derartiges Gerechtigkeitsystem und einen kommunalen Finanzausgleich praktizieren mit der Folge, dass wirtschaftsstarke ostdeutsche Städte weniger Zuwendungen als wirtschaftsschwache erhalten. Wuppertal ist somit einerseits an den Solidarlasten beteiligt, erhält aber andererseits vom Land weit höhere Zuweisungen über den kommunalen Finanzausgleich. Eine wesentliche Änderung dieses Ausgleichssystems ist für die nächsten Jahre nicht zu erwarten, was für Wuppertal sogar von Vorteil sein könnte. Denn es gibt ernsthafte Reformvorschläge (Einführung eines Flächenansatzes, Verringerung der Ausgleichsintensität von 90 Prozent auf 80 Prozent), wonach Wuppertal im kommunalen Finanzausgleich künftig erheblich weniger Mittel als bisher erhalten würde.

Wuppertal ist deshalb gut beraten, endlich eine eigene Strategie zur Haushaltsanierung zu entwickeln. Auf diese Notwendigkeit hatte die IHK in ihren Stellungnahmen frühzeitig hingewiesen. Die IHK-Vollversammlung verabschiedete hierzu im November 2008 eine Resolution mit dem Titel „Mut zu unbequemen Entscheidungen“. Sie forderte darin, dass ausgehend von den Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA), die in den Jahren 2007 bis 2008 überörtliche Prüfungen durchgeführt hatte, ein gemeinsamer Masterplan für das Bergische Städtedreieck erarbeitet wird. Ferner erwartete sie von den politischen Parteien,

dass sie vor den nächsten Kommunalwahlen in Wahlprüfsteinen ihre Vorstellungen über einen Masterplan zur Haushaltssanierung und zur interkommunalen Kooperation vorlegen. Das von der GPA für Wuppertal nur für den Kernhaushalt errechnete Einsparpotential von 43 Mio. Euro (ohne Beteiligungsgesellschaften und ohne Effekte interkommunaler Kooperationen) sowie die konkreten GPA- Handlungsempfehlungen liegen seit Anfang 2008 vor. Dass jetzt erste harte Sparmaßnahmen eingeleitet werden sollen, kann die IHK nur begrüßen. Je länger das Notwendige aufgeschoben wird, desto belastender wird es.

Vor der Therapie sollte die ehrliche Erforschung der Ursachen der Finanzmisere stehen. Hierfür stehen auch die Stellungnahmen der IHK zu Wuppertals Haushaltsplänen zur Verfügung, aus denen in der Anlage auszugsweise zitiert wird. Die Stellungnahmen liegen für die letzten 30 Jahre lückenlos vor. Darüber hinaus gibt es für den Zeitraum 1969 bis 1975 eine Chronologie über die damals gemachten IHK- Empfehlungen und die tatsächliche finanzwirtschaftliche Entwicklung der Stadt Wuppertal. Insgesamt lässt sich von hier aus somit ein Zeitraum von 40 Jahren überblicken. Die IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid ist der Auffassung, dass Wuppertals Weg in die Überschuldung zu einem beachtlichen Teil hausgemacht ist und mit gravierenden kommunalen Fehlentscheidungen zusammenhängt. Die Stadt hat die drohende Überschuldung somit ganz wesentlich mit zu verantworten. Die Fehler reichen zumindest bis in die 80er und beginnenden 90er Jahre zurück. Infolge dieser Fehler erreichen die Schulden der Stadt Wuppertal je Einwohner heute die oben genannte Größenordnung von mehr als 5000 Euro. In diesen Wert eingerechnet sind die Schulden des Kernhaushaltes und der ausgelagerten Eigenbetriebe sowie der seit 1993 aufgetürmten Kassenkredite zur Defizitfinanzierung. Letztere sind mit einer Größenordnung von etwa 1,3 Milliarden Euro (Ende 2009) und durch ihren Substanz verzehrenden Charakter besonders bedrohlich. Sie sorgen dafür, dass Wuppertal kurz vor der Überschuldung und der endgültigen Aufgabe seiner kommunalen Selbstverwaltung steht. Nicht eingerechnet in die Gesamtverschuldung sind Bürgschaften und Garantien sowie Wuppertals anteilige Schulden in den Beteiligungsgesellschaften. Nachrichtlich sei erwähnt, dass diese Schulden der FUEs (öffentliche Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen) Anfang 2006 immerhin 1.648 Euro je Einwohner ausmachten.

Gibt es Auswege aus der Überschuldung?

Ist Wuppertal überhaupt noch zu retten? Was ist zu tun? Wie kann die Wuppertaler Haushaltswirtschaft gesunden? Hierzu machte Holger Olbrich, Leitender Regierungsdirektor der Bezirksregierung Düsseldorf und leitender Kommunalaufsichtsbeamter für die drei bergi-

schen Großstädte im IHK-Finanz- und Steuerausschuss am 18. August 2009 folgende interessanten Anmerkungen:

Die Wuppertaler Haushaltslage hat sich wie bei den meisten kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf in den letzten Jahren dermaßen rapide verschlechtert, dass die Stadt – unabhängig von den Ursachen für deren katastrophale Haushaltssituation und unabhängig davon, wer für diese Entwicklung verantwortlich ist - nach Auffassung der Bezirksregierung Düsseldorf jetzt jedenfalls nicht mehr in der Lage sind, in absehbarer Zeit aus eigener Kraft wieder einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Das Kassenkreditvolumen allein der sieben kreisfreien Städte mit Nothaushalt im Regierungsbezirk ist auf mehr als sieben Mrd. EUR angewachsen. Das ist fast die Hälfte aller kommunalen Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen und mehr als ein Viertel der Kassenkredite aller Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit den Städten Oberhausen und Duisburg erste Erfahrungen im Umgang mit der Überschuldungssituation gesammelt. Hierbei ist deutlich geworden, dass die der kommunalen Finanzaufsicht zur Verfügung stehenden Instrumente unzureichend sind. Folgende Konfliktfelder führen immer wieder zu auch rechtlichen Auseinandersetzungen der Kommunalaufsicht mit den Nothaushaltskommunen:

- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen
- Einstellung von Personal, insbesondere Einstellung und Übernahme von Auszubildenden und Praktikanten
- Beförderung von Beamten
- Zulagengewährung für Beschäftigte der Feuerwehr
- Verzicht auf die Anhebung von Steuerhebesätzen
- (Teil- oder vollständiger)Verzicht auf die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertageseinrichtungen
- Gewährung von Zuschüssen für freie Träger im sozialen und kulturellen Bereich
- Aufwandssteigerungen bei kulturellen Einrichtungen (z.B. Theatern)
- Verlustausgleichsleistungen an kommunale Beteiligungen
- Eigenanteilsfinanzierung im Rahmen der Gewährung von Fördermitteln, insbesondere auch bei sog. „nicht-investiven“ Fördermaßnahmen
- Verwendung von Vermögenserlösen zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen

Im Einzelnen sieht der vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlichte Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ vom 06.03.2009 u.a. folgende Restriktionen im Falle der Überschuldung bzw. drohenden Überschuldung vor:

1. Kreditaufnahmen:

Kreditaufnahmen für Investitionen bedürfen einer Einzelfallgenehmigung. Eine Aufnahme von Investitionskrediten auf der Grundlage eines aufsichtsbehördlich festgelegten Kreditrahmens (Stichwort: Prioritätenliste und Nettoneuverschuldungslinie „null“) ist damit nicht mehr möglich. Die Aufnahme von Investitionskrediten wird nur noch für pflichtige und unabweisbare Vorhaben genehmigt und erst dann, wenn alle anderen Finanzmittel für Investitionen bereits für andere pflichtige und unabweisbare Vorhaben eingesetzt worden sind.

2. Personalwirtschaftliche Maßnahmen:

Personalwirtschaftliche Maßnahmen, zu denen die Kommune nicht rechtlich verpflichtet ist, sind unzulässig. Beförderungen von Beamten werden deshalb nicht mehr geduldet. Die Bildung eines Budgets für Beförderungen, Leistungsprämien und Zulagen ist grundsätzlich nicht mehr zulässig. Neueinstellungen von Personal und die Verlängerung von Arbeitsverträgen bedürfen der Einzelfallzustimmung der kommunalen Finanzaufsicht. Diese wird nur noch erteilt, wenn der Nachweis erbracht wird, dass die Kommune ihre rechtlichen Verpflichtungen nur so nachkommen kann.

3. Freiwillige Leistungen

Neue freiwillige Leistungen und die Ausweitung bisher oder bereits gewährter freiwilliger Leistungen sind unzulässig. Freiwillige Leistungen, die bisher erbracht wurden, sind – soweit rechtlich möglich – einzustellen. Eine Kündigung bestehender Verträge, die Grundlage für die Gewährung freiwilliger Leistungen sind, ist zu prüfen.

4. Förderung

Eigenanteile im Rahmen der Förderung von Investitionsmaßnahmen dürfen nicht mehr erbracht werden. Ausnahmen gelten nur für den Fall, dass zur Durchführung der Maßnahme eine rechtliche Verpflichtung besteht oder wenn die Durchführung der zu fördernden Maßnahme unmittelbar, nachweisbar und zeitnah zu einer Haushaltsverbesserung/-entlastung führt. Für das Bergische Land bedeutet dies insbesondere Einschnitte im Bereich der Städtebauförderprojekte, zu denen auch die „Soziale Stadt“ gehört. Hier sind vor allem auch die Förderressorts der Landesregierung gehalten, über Alternativen zur städtischen Eigenanteilsfinanzierung nachzudenken.

5. Vermögenserlöse

Vermögenserlöse dürfen nur noch zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Damit scheidet insbesondere eine Finanzierung von Investitionen mit Erlösen aus Veräußerungen von Anlagevermögen aus.

Im Leitfaden wird auch die Möglichkeit der Bestellung eines Beauftragten für den Fall thematisiert, dass eine überschuldete Kommune ihrer gesetzlichen Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen nicht oder nicht in einem ausreichenden Umfang nachkommt. Im Fall Oberhausen hat sich aber gezeigt, dass nicht nur der Weg hin zur Schaffung der Voraussetzungen für die Bestellung eines solchen Beauftragten mehr als schwierig ist. Zumindest zweifelhaft ist aber auch, ob und mit welchen Mitteln ein Beauftragter in der Praxis überhaupt in der Lage versetzt werden kann, das anzustrebende Ziel (Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes, Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs und eines positiven Eigenkapitals) zu erreichen.

Erforderlich ist nach Olbrich zum Einen eine gesetzgeberische Initiative, durch die sichergestellt wird, dass die Kommunen in Zukunft eine ihren Aufgaben angemessene Finanzausstattung erhalten (Stichwort: Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung). Zum Anderen müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, sich von den Lasten zu befreien, die sich aus dem Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) für die aufgelaufenen Kassenkredite ergeben (Stichwort: Entschuldungskonzept/ Entschuldungsfond). Und die betroffenen Kommunen selbst müssen wirtschaftliche und wirkungsorientierte Konsolidierungskonzepte entwickeln und umsetzen (Stichwort: Verbindlicher kommunaler Sanierungsplan). Letztere müssen weitreichende Einschnitte in das Leistungsangebot der Kommunen beinhalten und mit einem Verzicht auf kostspielige Infrastruktureinrichtungen verbunden werden, wenn die sich aus der Beibehaltung der Leistungen und der Aufrechterhaltung dieser Infrastruktureinrichtungen ergebenden finanziellen Lasten nicht auf die Bürger der Kommunen abgewälzt werden sollen. Das Bergische Land hat bei der Konsolidierung einen deutlichen strategischen Vorteil durch die räumliche Nähe seiner einzelnen Teile und eine bereits vorhandene Kooperationskultur, in der Konsolidierung arbeitsteilig vorzugehen und somit zumindest in der Region die wesentlichen Einrichtungen mit für die Bürgerinnen und Bürger vertretbaren finanziellen Belastungen anbieten zu können. Schließlich können noch erhebliche Synergiepotentiale gehoben werden, die sich bei der Qualität der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gar nicht besonders bemerkbar machen müssen.

Wuppertal, den 01. September 2009

Uwe Mensch

Anlage: Auszüge aus ausgewählten IHK-Stellungnahmen

Zum Etat für 1970:

Aus der Stellungnahme der Kammer

"Bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein betrug die durchschnittliche Investitionssumme etwa 60 bis 75 Mio. DM, lag also um jährlich rund 100 Mio. DM niedriger (als für 1970 vorgesehen). Bereits in den letzten zwei Jahren haben wir bei unseren Stellungnahmen zu verstehen gegeben, daß auch wir eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Wuppertal für erforderlich halten, haben gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, dass man das Tempo der Ausweitung besonders kritisch überwachen müßte, weil es entscheidend auf den späteren Schuldendienst und die Folgekosten ankommt. An diese Sätze zu erinnern, sehen wir uns angesichts der sehr starken Erhöhung der Investitionsausgaben im Laufe von nur zwei Jahren genötigt."

Faktisches Ergebnis im Etat 1970 (in Mio. DM)

| | |
|-----------------------------|----------|
| Investitionen | 163 |
| Stand der Soll-Schulden | 333,3 1) |
| Soll-Schuld je Kopf (in DM) | 803 |
| Schuldendienst | 21,7 |

1) Davon wurden nicht realisiert: 53,4 Mio. DM.

Zum Etat für 1972:

Aus der Stellungnahme der Kammer

"Die Finanzwirtschaft der Stadt steht unter der Diktatur der Preis- und Kostensteigerungen und der ständig wachsenden Ansprüche der Bürger und öffentlichen Stellen, die zu einer explosionsartigen Ausweitung der Ausgaben geführt haben. ... Außer durch eine Straffung der Personalausgaben müssen die Ausgaben vor allem durch eine energische Begrenzung der Investitionsvorhaben eingeschränkt werden. ... Ein jährliches Investitionsvolumen von 200 Mio. DM und eine jährliche Steigerung des Schuldendienstes um 10 Mio. DM können nicht ohne Gefahr für die Finanzwirtschaft der Stadt beibehalten werden. Dabei stellen die erwähnten Zahlen nur die Spitze eines Eisbergs dar. ... Es liegt auf der Hand, daß der jährliche Schuldendienst dadurch bald eine Summe von 50 Mio. DM überschreiten wird. Einen derartig hohen Schuldendienst und die entsprechend steigenden Folgekosten wird die Stadt bei gleichbleibendem Einnahmesystem nicht verkraften können. ... Wir raten deshalb dringend, das Tempo der Investitionen und der Neuverschuldung zu drosseln."

"Die geplanten Erhöhungen der Gewerbesteuern lehnt die Kammer entschieden ab. Zusammen mit den schon durch die Wiedereinführung der Lohnsummensteuer bedingten Mehrabgaben kumulieren sie zu einer zusätzlichen Belastung, die für die heimische Wirtschaft unzumutbar und gefährlich ist. ... In Wuppertal ist bereits die Höchstgrenze der Steuerbelastung erreicht, die in der Verordnung des Landes vom 9.12.1952 festgelegt worden ist."

Faktisches Ergebnis im Etat 1972 (in Mio. DM)

| | |
|-----------------------------|--------|
| Investitionen | 194,3 |
| Stand der Soll-Schulden | 489 1) |
| Soll-Schuld je Kopf (in DM) | 1.178 |
| Schuldendienst | 41,2 |

Mit einer Stimme Mehrheit der SPD-Ratsfraktion wurden ab 1972 die Hebesätze für die Gewerbesteuer von 280 auf 300 Prozent und für die 1971 eingeführte Lohnsummensteuer von 580 auf 700 Prozent erhöht.

1) Davon wurden nicht realisiert: 58,6 Mio. DM.

Zum Etat für 1975:

Aus der Stellungnahme der Kammer

"Die Stadt kann 1975 nicht einmal Schulden wie erforderlich tilgen. Andere Daten, wie die hohe Verschuldung selbst und die geringen Rücklagen, zeigen ebenfalls, wie prekär die finanzielle Lage der Stadt ist. Jetzt erweist sich, wie begründet die wiederholten Mahnungen der Kammer und des Regierungspräsidenten Düsseldorf gewesen sind, die Ausgaben zu beschränken und das Tempo der Neuinvestitionen energisch zu bremsen.

Vor allem die konsumtiven Ausgaben müssen begrenzt werden. Das gilt insbesondere für die enorm expansiven Personalausgaben. Die gesamten echt verfügbaren Steuereinnahmen reichen nicht einmal aus, um das Personal zu bezahlen.

Eine Beschränkung ist aber auch bei den Investitionsausgaben nötig. Die zu rasche Ausweitung des Investitionsvolumens hat in den letzten Jahren zu einer starken Steigerung des Schuldendienstes und der zwangsläufigen Folgekosten im Sach- und Personaletat geführt.

Die Verschuldung der Stadt hat sich weiter besorgniserregend erhöht. Ende 1975 wird der Schuldenstand mehr als das Doppelte der Schulden im Jahre 1970 erreichen. Die Verschuldungsgrenze der Stadt ist offensichtlich erreicht, wenn nicht überschritten. ...

Um eine Überschuldung zu vermeiden, muß die Stadt ihre Schuldenaufnahme drastisch beschneiden."

Faktisches Ergebnis im Etat 1975 (in Mio. DM)

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| Investitionen | 243,6 |
| Stand der Soll-Schulden | 578,6 |
| Soll-Schuld je Kopf (in DM) | 1.401 |
| Schuldendienst | 66,5 |
| Schuldentilgungen, die nicht mehr durch Zuführungen vom Verwaltungshaushalt gedeckt werden können | 15,5 |
| Personalausgaben | 306,7 |
| (zum Vergleich: 1970) | (150,6) |

Zum Etat für 1980:**Aus der Stellungnahme der Kammer**

...

... hat die Kammer... eine detaillierte Berechnung vorgelegt. Diese führt zu dem Ergebnis, dass eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von bisher 325 auf 335 Prozent ausreicht, um den restlichen Lohnsummensteuer-Ausfall voll auszugleichen.

...

Offenbar ist mit den stark erhöhten Einnahmen der vergangenen Jahre auch das gesamte Ausgabenniveau entsprechend gesteigert worden. Nach unserer Auffassung hätten bei einer stetigeren Ausgabenentwicklung mehr Mittel aus den bisherigen hohen Überschüssen der allgemeinen Rücklage zugeführt werden sollen, um später über größere Ausgleichsreserven verfügen zu können.

...

Die für 1980 vorgesehene erneute starke Ausweitung des Vermögenshaushalts um 18 Prozent auf fast 300 Mio. DM ist nach unserer Ansicht finanzwirtschaftlich sehr bedenklich.

...

Generell ist zu beachten, dass künftig auch der Bedarf an neuen öffentlichen Investitionen spürbar nachlassen wird; denn die Zahl der Einwohner und Industriebeschäftigten geht weiter deutlich zurück; überdies hat Wuppertal bereits eine sehr gute Infrastrukturausstattung, die unter allen Regionen des Bundesgebiets sogar den zweiten Rang einnimmt. Insbesondere sollte gründlich überprüft werden, welche Konsequenzen aus dem starken Rückgang der Geburten deutscher Kinder, der in Wuppertal von 1963 bis 1975 immerhin 61 Prozent ausmacht (seitdem ist die Geburtenzahl etwa konstant geblieben), für Neuinvestitionen im Bereich der Kindergärten und Schulbauten zu ziehen sind. Eine Neuorientierung der kommunalen Investitionspolitik ist nach unserer Auffassung geboten. Innerhalb eines engeren Gesamtrahmens kommt es künftig mehr denn je darauf an, bei den Investitionsausgaben richtige Prioritäten zu setzen. Die Investitionen sollten nach der Meinung der Wirtschaft weniger auf einzelne Stadtteile und kleinere Objekte verteilt, sondern vielmehr auf besondere Schwerpunkte mit oberzentraler Ausstrahlungskraft konzentriert werden.

...

Faktisches Ergebnis

| | |
|-------------------------------------------------------------|----------------------|
| Stand der Soll-Schulden (ohne Stadtwerke, MVA und Kliniken) | 356 Mio. Euro |
| Schulden je EW | 906.000 Euro |
| Veränderung der Realsteuerhebesätze | |
| Gewerbesteuer | 345 (erhöht von 325) |
| Grundsteuer B | 285 (unverändert) |
| Lohnsummensteuer | weggefallen |

Zum Etat für 1983:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Nach unseren Feststellungen haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren beispielsweise allein die Ausgaben im Kulturetat sowie im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mehr als versechsfacht. Die Ausgaben sind jetzt bei den Feuerwehren fünfmal, bei den Bühnen fast sechsmal, bei der Volkshochschule und bei den Bädern gar 16 bzw. 17mal höher als 1962. Die Stadtbibliotheken sind fast neunmal teurer geworden. Gartenanlagen und Abfallbeseitigung kosten heute nahezu siebenmal soviel wie vor zwanzig Jahren. Dabei ist zu beachten, dass die Einwohnerzahl Wuppertals jetzt um 7,3 Prozent niedriger ist als 1962. Zum Vergleich sei angemerkt, dass sich in dieser Zeitspanne das allgemeine Preisniveau nur 2,4mal und das Wuppertaler Bruttoinlandsprodukt nur 3,4mal erhöht hat.

...

Zur Konsolidierung des in bedrohliche Unordnung geratenen Haushalts sind durch eigene Entscheidungen der Verantwortlichen so tiefe Einschnitte in die Ausgaben notwendig, wie sie letztlich ein Staatskommissar vornehmen müsste.

...

Untersuchungen des Mittelstandsinstituts Niedersachsen haben ergeben, dass etwa drei Viertel aller städtischen Aufgaben privatisierbar sind und dass private Unternehmen im Durchschnitt nur etwa halb so teuer wirtschaften wie die Gemeinden. Wichtige öffentliche Interessen an Umfang und Qualität der Leistungen können durch entsprechende vertragliche Bindungen auch privatwirtschaftlich gewährleistet werden.

...

Faktisches Ergebnis

| | |
|-------------------------------------|----------------------|
| Stand der Soll-Schulden | 377 Mio. Euro |
| Schulden je EW | 981.000 Euro |
| Veränderung der Realsteuerhebesätze | |
| Gewerbsteuer | 420 (erhöht von 380) |
| Grundsteuer B | 345 (erhöht von 315) |

Soll-Schulden ohne Stadtwerke, Müllverbrennungsanlage und Kliniken.

Zum Etat für 1986:**Aus der Stellungnahme der Kammer**

...

Bei der langfristigen Ausgabenpolitik ist auch zu beachten, daß die Zahl der Einwohner in Wuppertal seit Anfang der siebziger Jahre ständig gesunken ist und weiter sinkt, so daß letztlich auch die Anforderungen an die Stadt abnehmen müßten. Immerhin hat sich die Einwohnerzahl in den heutigen Stadtgrenzen von 424.550 im Jahre 1970 auf 378.140 im Jahre 1985, also im Jahresschnitt um rund 3.000 vermindert; und dieser Trend wird voraussichtlich bis über das Jahr 2000 hinaus anhalten.

Mit Sorge sehen wir, daß die konsumtiven und besonders die investiven Ausgaben schon seit 1985 wieder bedenklich stark ansteigen. Wir warnen die Verantwortlichen der Stadt Wuppertal eindringlich vor der Versuchung, bereits beim ersten Konsolidierungserfolg die Zügel in der Ausgabenpolitik wieder locker zu lassen: sonst ist der erst geringe Handlungsspielraum schnell wieder verspielt und die Haushaltswirtschaft bald in einer neuen Krise. Wir empfehlen sehr, das in der Krisenzeit aufgestellte "111-Punkte-Programm" zur Aufgabenkritik und Ausgabenbeschränkung ernsthaft weiterzuverfolgen.

...

Dank der Reduzierung der Investitionsausgaben in den vorangegangenen Jahren und der positiven Entwicklung des Verwaltungshaushalts sind erfreulicherweise die Schulden seit 1982 in erheblichem Umfang abgebaut worden: Ende 1985 sind sie mit 705 Mio DM um 58 Mio DM niedriger als 1982.

...

Faktisches Ergebnis

| | |
|-------------------------|---------------|
| Stand der Soll-Schulden | 348 Mio. Euro |
| Schulden je EW | 931.000 Euro |

Keine Veränderung der Realsteuerhebesätze

Soll-Schulden ohne Stadtwerke, Müllverbrennungsanlage und Kliniken.

Zum Etat für 1992 und 1993:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Eine gründliche und nachhaltige Gesundung der Haushaltswirtschaft ist nur durch eine energische Ausgabenbeschränkung zu erreichen; denn die Hauptursache der finanziellen Schwierigkeiten liegt eindeutig in den übermäßig steigenden Ausgaben. So sind die bereinigten konsumtiven Ausgaben 1990 und 1991 um jeweils etwa 8 Prozent erhöht worden. Diese Steigerungen überschreiten erheblich die Zuwachsraten von 3,5 bzw. 4,9 Prozent, die der Innenminister des Landes für die Ausgaben in diesen Jahren vorgegeben hat. Hätte sich die Stadt nach seinen Orientierungsdaten gerichtet, wären ihre Ausgaben 1990 um 42 und 1991 sogar um 83 Mio. DM geringer gewesen, und die Finanzen der Stadt wären gesund.

...

Der Rotstift sollte besonders energisch bei den freiwilligen und somit „disponiblen“ Ausgaben angesetzt werden, die nach den Darstellungen des Stadtkämmerers 1991 einen Umfang von über 620 Mio. DM erreicht haben!

...

Die Stadt weitet ihre Investitionstätigkeit beträchtlich aus. Die Bauinvestitionen, die schon 1991 außerordentlich stark – um 46 Mio. DM auf 156 Mio. DM – gesteigert worden sind, sollten 1992 auf 172 Mio. DM erhöht werden. Für die Haushaltsphase 1992/93 sind insgesamt Ausgaben für Baumaßnahmen in Höhe von 313 Mio. DM geplant. Von diesem Betrag entfallen allerdings 117 Mio. DM oder 37 Prozent auf erhöhte Investitionen für die Stadtentwässerung, darunter 54 Mio. DM für den neuen „Entlastungssammler Wupper“.

...

Erhebliche Ausgaben werden in den Jahren 1992/93 auch für die Renovierung der Stadthalle (insgesamt 23 Mio. DM) und für die Modernisierung des Stadions (18 Mio. DM) veranschlagt.

...

Die Stadtverwaltung hat im Etat-Entwurf ab 1992 eine Erhöhung der Realsteuer-Hebesätze eingeplant, und zwar bei der Grundsteuer B von 385 auf 420 Prozent und bei der Gewerbesteuer von 420 auf 440 Prozent....Wir fordern die Verantwortlichen der Stadt nachdrücklich auf, die Hebesätze der Realsteuern nicht zu erhöhen....Der Hebesatz für die Grundsteuer B, die zu einem erheblichen Teil (circa 40-50 Prozent) auch von der Wirtschaft aufzubringen ist, ist noch 1990 kräftig – um 50 Prozentpunkte auf 385 – angehoben worden.

...

Die Stadt kann ihre Finanzlage erfahrungsgemäß nicht durch höhere Steuersätze, sondern nur durch eine energische Ausgabenbeschränkung dauerhaft konsolidieren.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 1992 | 1993 |
|-----------------------------------------------|-------------------|---------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 396 | 466 |
| Kassenkredite | | 10 |
| Gesamtschulden | | 476 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 1123 | 1313 |
| Veränderung der Realsteuerhebesätze | | |
| Gewerbsteuer | keine Veränderung | 440 (Vj. 420) |
| Grundsteuer B | 420 | 440 |

Zum Etat für 1994 und 1995:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Ein erheblicher Teil der zusätzlichen Ausgaben ist zwar fremdbestimmt, aber ein großer Teil der vorgesehenen Ausgabensteigerungen unterliegt eigenen Entscheidungen der Stadt und kann revidiert werden. Der Entscheidungsspielraum ist beachtlich. Nach den Darstellungen des Stadtkämmerers machen die freiwilligen und somit „disponiblen“ Ausgaben etwa die Hälfte der gesamten (bereinigten) Ausgaben aus....Die Personalstellen sind von 1990 bis 1993 um 190 auf 6.420 vermehrt worden, obwohl der Stadtrat im Mai 1991 beschlossen hatte, dass zusätzliche Stellen für neue Aufgaben nur eingerichtet werden dürfen, wenn in gleichem Umfang alte Stellen eingespart werden („Stellendeckel“).

...

Anzustreben ist auch eine Konzentration der Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen. Die Zahl und der Aufwand der Fachausschüsse, Arbeitskreise, Beratungsdienste und Bezirksvertretungen sollten reduziert werden. Es ist auch zu erwägen, die durch das neue Kommunalwahlgesetz gegebene Möglichkeit zu nutzen, die Zahl der Ratsmitglieder zu vermindern.

...

Generell regen wir an, den Zuschussbedarf durch weniger aufwendige Ausstattungen und durch Einschränkungen städtischer Leistungen bis hin zur Aufgabe von Einrichtungen von Zusammenlegung mit Einrichtungen benachbarter Städte zu senken....Im Bereich der Bühnen und des Orchesters steigt der Zuschussbedarf 1994 insgesamt auf mehr als 39 Millionen Mark. Für diesen Bereich sollte möglichst eine privatrechtliche Gesellschaft mit unternehmerischem Management gegründet werden. Wir raten der Stadt, mit den benachbarten Städten Remscheid und Solingen zu kooperieren. Es sollte ein gemeinsames Orchester für alle drei bergischen Großstädte angestrebt werden. Auch ein Verbund der bergischen Städte und der Stadt Hagen im Theaterbereich ist mit dem Ziel der Kostenersparnis zu erwägen.

...

Zum großen Bedauern der Wuppertaler Wirtschaft hat die Stadt entgegen unseren nachdrücklichen Mahnungen den Hebesatz für die Grundsteuer B bereits 1992 um weitere 35 Punkte auf 420 Prozent und den Hebesatz für die Gewerbesteuer 1993 um 20 Punkte auf 440 Prozent erhöht...Die erhöhte Steuerlast verschärft die Kostenkrise, in der sich die Unternehmen befinden. Sie verstärkt den Zwang zum Personalabbau und zur Verlagerung von Produktionen in kostengünstigere Länder. Sie schwächt die internationale Wettbewerbsfä-

higkeit der Unternehmen und vermindert ihre Investitionsfähigkeit. Die negativen Auswirkungen der hohen Steuern auf die Wirtschaft sind letztlich auch schädlich für die Stadt.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 1994 | 1995 |
|-----------------------------------------------|-------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 474 | 468 |
| Kassenkredite | 19 | 56 |
| Gesamtschulden | 493 | 524 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 1362 | 1449 |

Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze

Zum Etat für 1995:**Aus der Stellungnahme der Kammer**

...

Der Haushaltsplan 1995 enthält weitgehend nicht mehr die Beträge von Verwaltungseinheiten, die in Eigenbetriebe beziehungsweise in eine GmbH umgewandelt und deshalb ausgegliedert worden sind: Alten- und Pflegeheime, Entsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb, Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung – Wuppertal GmbH. Die Gesamtbeträge im Haushalt 1995 sind deshalb nicht ohne weiteres mit Vorjahreswerten vergleichbar.

...

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren offensichtlich über ihre Verhältnisse gelebt. Sie hat es versäumt, für die zu erwartenden größeren Belastungen aus der deutschen Vereinigung und aus dem Konjunkturrückgang genügend vorzusorgen, wozu wir der Stadt bereits Anfang 1992 geraten haben....Die Personalstellen müssten nach unserer Auffassung unter Ausnutzung der Fluktuation und mit notwendigen Umschichtungen mittelfristig um etwa 12 Prozent, das heißt um etwa 750 abgebaut werden (unter Einschluss der neuen Eigenbetriebe und der „Wuppertal GmbH“). Damit könnten Personalkosten in einer Größenordnung von etwa 55 Millionen Mark eingespart werden. Der Personalabbau erfordert natürlich auch eine Reduzierung der Aufgaben und Leistungen der Stadt und eine höhere Effizienz der Verwaltungsarbeit....

Weil auf absehbare Zeit keine freien Mittel aus dem Verwaltungshaushalt und aus der allgemeinen Rücklage zur Finanzierung von Investitionen verfügbar sind, müssen diese mit Krediten finanziert werden. Deshalb sind neue „unrentierliche“ Investitionsvorhaben, insbesondere die Errichtung neuer Gesamtschulden – und hier vor allem in der Form von Ganztagschulen -, in den nächsten Jahren grundsätzlich nicht vertretbar.

...

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer ist noch 1993 von 420 auf 440 Prozent erhöht worden....Zum großen Bedauern der Wuppertaler Wirtschaft hat die Stadt entgegen unseren nachdrücklichen Mahnungen den Hebesatz für die Grundsteuer B 1994 um weitere 20 Punkte auf 440 Prozent erhöht. Er ist damit in der kurzen Zeitspanne von 1989 bis 1994 um 105 Punkte oder um 31 Prozent gesteigert worden.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | |
|-----------------------------------------------|------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 468 |
| Kassenkredite | 56 |
| Gesamtschulden | 524 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 1449 |
| Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze | |

Zum Etat für 1996 und 1997:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Die formal ausgegliederten Einheiten bleiben weiterhin im Verantwortungs- und Einflussbereich der Stadt. Um auch künftig die städtische Finanzpolitik insgesamt beurteilen zu können, ist es erforderlich, dass die Einnahmen und Ausgaben sowie die Personalstellen der Eigenbetriebe und der GmbH im Haushaltsplan bei den entsprechenden Positionen zusätzlich ausgewiesen werden. In einer Art „Konzernbilanz“ der Stadt sollte die notwendige Transparenz und eine kontinuierliche Vergleichbarkeit gewährleistet werden.

...

Die Gesamtzahl der Personalstellen ist zwar von ihrem Höchststand mit 6.420 im Jahre 1993 bis 1995 um 300 auf 6.120 reduziert worden. Für eine nachhaltige Sanierung müsste sie aber mittelfristig weiter um 10 Prozent auf etwa 5.500 vermindert werden....Diese Angaben gelten für den gesamten Personalbestand, einschließlich der über 800 Stellen, die 1995 aus dem städtischen Stellenplan in die neuen Tochterbetriebe ausgegliedert worden sind.

...

Aus der Ausgliederung werden im Grunde die Lasten nur innerhalb des städtischen Verantwortungsbereichs verschoben. Generell ist es vielmehr erforderlich, die Aufgaben der Stadt möglichst weitgehend auf den hoheitlichen Bereich zurückzuführen und die stark ausgeweitete „Daseinfür- und –vorsorge“ auf das unbedingt notwendige Maß einzuschränken....Die Vorteile der echten Privatisierung sind in der Regel erheblich größer als bei der Ausgliederung in Eigenbetriebe oder in kommunal dominierte privatrechtliche Gesellschaften.

...

Wir warnen ausdrücklich vor weiteren Erhöhungen des Hebesatzes der Grundsteuer B. Dieser ist bereits in der kurzen Zeitspanne von 1989 bis 1994 um 105 Punkte oder um 31 Prozent auf 440 Prozent gesteigert worden. Die im Doppelhaushaltsplan-Entwurf beziehungsweise in der Finanzplanung vorgesehenen erneuten Anhebungen auf 465 Prozent im Jahre 1997 und auf 490 Prozent im Jahre 1998 müssen unterbleiben. Die Standortbedingungen für die Wuppertaler Unternehmen... würden abermals erheblich verschlechtert. Erhöhungen der Grundsteuer B führen auch zu einer Steigerung der Mietkosten und belasten somit alle Bürger der Stadt, auch die sozial schwachen.

...

Zu unserem großen Bedauern hat die Stadt trotz unserer im Schreiben vom 26. Oktober 1995 eingehend begründeten Einwände und Bedenken am 1. März 1996 eine Verpackungsteuer eingeführt. Die wirtschaftlichen, sozialen und steuerpolitischen Nachteile dieser neuen

Steuer überwiegen deutlich ihre geringen Wirkungen für die Abfallwirtschaft und die kommunalen Einnahmen.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 1996 | 1997 |
|-----------------------------------------------|---------------------|--------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 456 | 381 |
| Kassenkredite | 79 | 79 |
| Gesamtschulden | 535 | 460 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 1482 | 1276 |
| Veränderung der Realsteuerhebesätze | | |
| Gewerbsteuer | keine Veränderungen | |
| Grundsteuer B | konstant | 465 (Vj 440) |

Zum Etat für 1998 und 1999:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Um auch künftig die städtische Finanzpolitik insgesamt beurteilen zu können, ist zu fordern, daß die Einnahmen und Ausgaben sowie die Personalstellen, Schulden und Investitionen der Eigenbetriebe und der GmbH im Haushaltsplan bei den entsprechenden Positionen zusätzlich ausgewiesen werden.

...

Als positives Beispiel ist auf den Verbund der Wuppertaler und Gelsenkirchener Musiktheater hinzuweisen. Immerhin wurde durch diesen Verbund der Zuschußbedarf um 4 Millionen Mark reduziert.

...

Die eingeleiteten Kostensenkungsmaßnahmen sind aber noch nicht ausreichend. Generell müssen die Aufgaben der Stadt möglichst auf den hoheitlichen Bereich zurückgeführt werden. ...So teilen wir ... die Auffassung, daß zum Beispiel der Bau einer weiteren Sporthalle - es geht um die Sporthalle an der Gathe - aus sportpolitischen Gründen nicht unbedingt erforderlich ist.

...

Vor allem sind die Personalausgaben nicht nur durch Ausgliederungen (und damit Umwidmung von Personalausgaben in Sachausgaben) zu reduzieren, sondern durch echte Einsparungen im Konzern „Stadt“.

...

Deshalb fordern wir die Einführung eines Konzernrechnungswesens für die Stadt Wuppertal. Die Stadt muß ein eigenes Interesse daran haben, ein aussagefähiges Berichtswesen über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu schaffen. Denn der Stadt Wuppertal geht es nur dann gut, wenn es dem Konzern Stadt gutgeht.

...

... Der umgekehrte Weg, immer mehr privatwirtschaftliche Aktivitäten in den Konzern Stadt zu integrieren, ist der falsche Weg.... Sowohl aus finanzwirtschaftlicher als auch wettbewerbspolitischer Sicht schädlich halten wir in diesem Zusammenhang die Tätigkeiten der B+B Autoverwertung GmbH. Finanzpolitisch war das Engagement dieser Gesellschaft im Jahre 1997 ein Desaster, denn es wurde ein Verlust in Höhe von 700.000 Mark erwirtschaftet.

...

Der Hebesatz für die Grundsteuer B ist in den neunziger Jahren bereits viermal erhöht worden und soll 1998 auf 490 Prozent erneut angehoben werden. Damit liegt er um 155 Prozentpunkte höher als zum Ende des letzten Jahrzehnt.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 1998 | 1999 |
|-----------------------------------------------|---------------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 382 | 376 |
| Kassenkredite | 144 | 181 |
| Gesamtschulden | 526 | 556 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 1440 | 1547 |
| Veränderung der Realsteuerhebesätze | | |
| Gewerbsteuer | keine Veränderungen | |
| Grundsteuer B | 490 (Vj. 465) | unverändert |

Zum Etat für 2000 und 2001:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Zu den neu geschaffenen Einheiten gehören zunächst das „Alten- und Pflegeheim“ (APH) und der „Entsorgungs- und Straßenreinigungsbetrieb“ (ESW) (seit 1995), die „Wohnbauverwaltung (WBW)“ (von 1997 - 1998), die Schiller-Theater GmbH (seit 1997) und die seit 1997 auf die WSW AG ausgegliederte Stadtentwässerung. Im Jahre 2000 wurden dann große Teile des Kernhaushaltes auf den neu geschaffenen Eigenbetrieb „Gebäudemanagement“ ausgegliedert....Insbesondere wurden Schulden der Stadt in Höhe von 600 Millionen Mark auf den Eigenbetrieb Gebäudemanagement übertragen.

...

Als finanzwirtschaftlich bedrohlich sind die ab 2002 anfallenden Zuschüsse in Höhe von 20 Millionen Mark für die Verlustabdeckung aus dem Öffentlichen Personennahverkehr zu werten. ... Aus finanzpolitischer Sicht wäre grundsätzlich zu überlegen, ob die Stadt nicht von der Objektförderung - Förderung des Personennahverkehrs – verstärkt zu einer Subjektförderung - Förderung derjenigen Personen, die sich öffentlich erbrachte Leistungen zu Marktpreisen nicht leisten können - übergehen sollte. Denn eine Subjektförderung ist sowohl sozial gerechter als auch volkswirtschaftlich effizient.

...

Ob und in welchem Ausmaß sich die Gründung des Eigenbetriebs „Gebäudemanagement“ gegenüber der bisherigen Struktur finanziell lohnen wird, beantwortet die Drucksache 1140/97 „Gebäudewirtschaft - Gründungs eines Regiebetriebes nach Eigenbetriebsrecht“ nicht. Auch der aktuelle Haushaltsplanentwurf der Stadt beantwortet diese Frage nicht.

...

Zur Aufgabenkritik gehört es aus unserer Sicht auch zu überprüfen, ob der neue Eigenbetrieb Gebäudemanagement wirklich alle in der Drucksache 1140/97 aufgelisteten gebäudewirtschaftlichen Leistungen selbst erbringen muß. „Planung und Entwurf von Hochbauten“, „Energiemanagement/-dienstleistung“ oder „Gebäudereinigung“ sind typische Tätigkeiten, die der private Markt ebenso gut erbringt.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 2000 | 2001 |
|-----------------------------------------------|-------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 358 | 345 |
| Kassenkredite | 228 | 363 |
| Gesamtschulden | 587 | 708 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 1633 | 1974 |
| Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze | | |

Zum Etat für 2002 und 2003:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Seit 1993 leidet der Haushalt der Stadt Wuppertal unter einem Missverhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben. Seitdem sind in jedem Jahr die laufenden Ausgaben höher als die laufenden Einnahmen...Die Kassenkredite entwickeln sich zu einer „Zeitbombe“. War im Etatentwurf im September 2001 satzungsgemäß eine Kreditermächtigung über 500 Millionen Euro geplant, so soll jetzt ein Kassenkreditvolumen von 600 oder sogar 650 Millionen Euro beschlossen werden.

..

Die Finanzmisere der Stadt Wuppertal ist zum Teil auf eigene, ausgabenrelevante Entscheidungen in den 80er und 90er Jahren zurückzuführen. Diese hatten zu einem überhöhten und später kaum noch zu beeinflussenden Ausgabenniveau geführt.

...

Wenn die Forderung der Kommunalaufsicht nach einem Haushaltsausgleich in einem mittelfristigen Zeitraum erfüllt werden soll, müssen weitere Konsolidierungsmaßnahmen in größerem Umfang ergriffen werden.

...

Insgesamt erscheinen uns die Haushaltsbegleitpapiere bei den großen Konsolidierungspositionen zu vage und zu unbestimmt. Es ist nicht ersichtlich, wie die Stadt Wuppertal aus ihrer Haushaltsmisere herausfinden will.

...

Die IHK begrüßt, dass die Stadt eine Veräußerung von 49,9 Prozent der Versorgungssparte der WSW AG plant. Sie empfiehlt aber, darüber hinaus zu prüfen, ob nicht sämtliche Sparten des Unternehmens vollständig an private Interessenten verkauft werden können.

...

Wuppertal, Solingen und Remscheid sollten nicht als Einzelkämpfer in einen Wettbewerb untereinander und gegen andere Städte und Regionen eintreten. ... Kooperation über die Stadtgrenzen hinweg in den Bereichen Kultur und Sport sind hierfür Ansatzpunkte. Auch bei den Wirtschaftsförderungsgesellschaften, den Technologiezentren und der Feuerwehr der drei bergischen Großstädte ließen sich durch eine stärkere Zusammenarbeit Synergieeffekte erzielen.

...

Auch wenn der Bereich Jugend und Soziales überwiegend gesetzliche Aufgaben wahrnehmen sollte, so ist die Art der Aufgabenerstellung weitgehend in das Ermessen der Stadt ge-

stellt. Hier scheint uns noch ein erhebliches Einsparpotential gegeben. Das System der freien Träger der Jugendhilfe sollte in diesen Verbesserungsprozess eingebunden werden.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 2002 | 2003 |
|-----------------------------------------------|-------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 357 | 463 |
| Kassenkredite | 429 | 498 |
| Gesamtschulden | 786 | 961 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 2135 | 2687 |

Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze

Zum Etat für 2004 und 2005:

Aus der Stellungnahme der Kammer

...

Die desolante Haushaltssituation wirkt offensichtlich nicht als Investitionsbremse. Im Gegenteil: Die Investitionen steigen von unter 25 Mio Euro in 2002 auf jeweils rund 90 Mio Euro in 2004 und 2005 und damit auf eine Größenordnung, die zuletzt Mitte der 90er Jahre erreicht worden war....Die Stadt Wuppertal sollte sich freimachen von Vorstellungen, wonach der Bund und/oder das Land Nordrhein-Westfalen die Haushaltsprobleme Wuppertals irgendwann lösen werden. Denn inzwischen sind auch die Haushalte dieser übergeordneten Gebietskörperschaften hochgradig defizitär und darauf angewiesen, dass die Bürger „ihre Gürtel enger schnallen“....Die Lösung der gravierenden Haushaltsprobleme wird um so schmerzlicher, je weiter sie nach 2006 in die Zukunft aufgeschoben wird.

...

Sollte die Stadt Wuppertal erwägen, ihre freiwilligen Leistungen möglichst vollständig beizubehalten, sollte sie die Bürger - insbesondere vor Wahlen - über die Kosten dieser Leistungen informieren und möglichst viel Transparenz schaffen. Eine weitere Handlungsoption liegt bei den freiwilligen Aufgaben darin, die Standards und eigenen Ansprüche abzusenken, beispielsweise bei der Bäderzielplanung. Die Senkung der Standards macht aber auch bei der Erledigung von Pflichtaufgaben Sinn, soweit dies rechtlich zulässig ist.

...

Wir erinnern daran, die Chancen auf Einspareffekte auch bei der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie der Kultur zu suchen. Vom Grundsatz her eignen sich für Kooperationen und Fusionen sämtliche Aufgabenbereiche, welche die drei Städte in gleicher oder ähnlicher Weise für ihre Bürger abdecken. Das gilt beispielsweise auch für Messen.

...

Jährlich sollen 25 Stellen abgebaut werden. Die Personalausgaben der Kernverwaltung werden aber zunächst einmal in diesem Jahr gegenüber 2003 um 7 Prozent gesteigert,...Der geplante Personalabbau darf sich nicht auf die Kernverwaltung beschränken und durch Auslagerungen in Eigenbetriebe und Eigengesellschaften konterkariert werden. Einsparungen bei den Personalausgaben sollten auch nicht durch steigende Sachausgaben für Fremdleistungen überkompensiert werden.

...

Die IHK ist der Auffassung, dass eine Kommune, die Gelder für ihre Bürger zu verwalten hat – beispielsweise die aus risikobehafteten Cross-Border-Leasinggeschäften vereinnahmten Barwertvorteile – diese nicht spekulativ, ...anzulegen hat. Beim Zins- und Schuldenmana-

gument sollte die Stadt Wuppertal entsprechend darauf verzichten, Kredite in fremder Währung aufzunehmen, auch wenn diese niedrig verzinslich sind.

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 2004 | 2005 |
|-----------------------------------------------|-------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 451 | 483 |
| Kassenkredite | 652 | 764 |
| Gesamtschulden | 1103 | 1247 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 3089 | 3496 |

Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze

Zum Etat für 2006 und 2007:**Aus der Stellungnahme der Kammer**

... Auftrag und der Absicht der von der letzten Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen, die insbesondere auf eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen abzielte. Dieses Ziel verfolgt auch die Kommission Stiftung Marktwirtschaft bei ihren Reformvorschlägen für die Kommunal финанzen. Wuppertal und seine kommunalen Spitzenverbände sollten dieses auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage befürwortete Konzept unterstützen. Gerade in Zeiten hoher Gewerbesteureinnahmen sollten sich die Städte eine Aufkommensneutralität auf hohem Ausgangsniveau sichern. Die Gewerbesteureinnahmen schwanken nämlich im derzeitigen System sehr stark im Konjunkturverlauf und werden im nächsten Konjunkturabschwung wieder merklich absinken.

...

„Teufelskreislauf“: Die Kosten der Infrastruktur werden auf immer weniger Bürger verteilt. Die Gebühren steigen. Hierdurch wird tendenziell eine Abwanderung der verbleibenden Bevölkerung angeregt, wodurch weitere Gebührensteigerungen vorprogrammiert sind.

...

Die Frage nach der benötigten Infrastruktur muss zunehmend restriktiver beantwortet werden. Dies gilt beispielsweise für Kindergärten, Schulen, Sport- und Kulturstätten.

...

Insbesondere in Zeiten mit Bevölkerungsrückgang und einem Überangebot an Wohnraum ist es schwerlich zu vermitteln, wenn die Stadt Wuppertal mit der GWG eine eigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft unterhält.

...

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 2006 | 2007 |
|-----------------------------------------------|-------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 481 | 491 |
| Kassenkredite | 913 | 986 |
| Gesamtschulden | 1394 | 1477 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 3913 | 4144 |

Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze

Zum Etat für 2008 und 2009:**Aus der Stellungnahme der Kammer**

...

Der aufgelaufene Schuldenberg von ca. 1,5 Milliarden Euro und ein jährlicher Vermögensverzehr von 130 bis 150 Mio. Euro machen einen „Masterplan“ zur Haushaltssanierung durch Einsparen von Aufgaben und Ausgaben/Aufwand absolut notwendig....Die Stadt argumentiert, dass sie sich ohne Hilfe von Land und Bund nicht sanieren könne. Hieraus scheinen Politik und Verwaltung zu folgern, dass ein städtischer „Masterplan“ entbehrlich ist.

...

Die Privatisierung des ehemals städtischen Klinikums ist hierfür ein gutes Beispiel. Wo vorher öffentliche Verluste entstanden, werden heute private Gewinne erzielt (ca. 15 Mio. Euro in 2005 und ca. 19 Mio. Euro in 2006), Steuern gezahlt und Investitionen getätigt, die Arbeitsplätze sichern. Offensichtlich sind Private in der Lage, ein Krankenhaus effizienter zu betreiben als die Stadt. Das dürfte auch für andere Dienstleistungen gelten, welche die Stadt bisher noch selbst anbietet. Diese Erkenntnis sollte Wuppertal für weitere Privatisierungen von Aufgaben nutzen.

...

Schaut man sich den Beteiligungsbericht 2005 genauer an, erkennt man einen zunehmend verschachtelten Konzern Stadt mit diversen Unterkonzernen und wechselseitigen Beteiligungen sowie erheblichen Belastungen von Stadtverordneten durch Aufsichtsratsmandate und sogar als Geschäftsführer städtischer Gesellschaften. Dieses Beteiligungsgeflecht sollte so weit wie möglich entflochten und überschaubar gemacht werden, anstatt neue Tochtergesellschaften zu gründen und Beteiligungen an privaten Gesellschaften zu erhöhen.

...

Die Stadt sollte sich nach Ansicht der regionalen Wirtschaft künftig auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und gesund schrumpfen. Etwaige personelle Überkapazitäten sollten abgebaut und nicht durch neue Aufgaben ausgelastet werden. Die Stadt steht beispielsweise nicht in der Verantwortung für den Strukturwandel und wünschenswerte Branchenentwicklungen, für Arbeits- und Ausbildungsplätze und für alles umfassende Beratungsleistungen.

...

Faktisches Ergebnis (in Mio. Euro)

| | 2008 | 2009 |
|-----------------------------------------------|-------------|-------------|
| Stand der Ist-Schulden einschl. Eigenbetriebe | 473 | 473 |
| Kassenkredite | 1115 | 1332 |
| Gesamtschulden | 1588 | 1805 |
| Schulden je EW (in 1000 Euro) | 4471 | 5074 |
| Keine Veränderungen der Realsteuerhebesätze | | |